

„Berliner Tageblatt“

erschint täglich zweimal mit Ausnahme des Sonntags...



Abonnements-Preis für das „Berliner Tageblatt“ und „Sonntags-Beilage“...

Berliner Tageblatt

Nummer 331. Berlin, Donnerstag, den 3. Juli 1902. XXXI. Jahrgang.

Hierzu die Illustrierte Halbwochen-Beilage „Der Welt-Spiegel“ Nr. 53 und „Zielungsliste“ Nr. 13.

Der Würzburger Konflikt.

John Mitglieder des akademischen Senats der Universität Würzburg haben, wie wir gestern meldeten, ihr Amt niedergelegt...

Wir haben gesehen, wie das Centrum in Bayern allmählich die Oberhand gewonnen, und wie es nun langsam, aber beharrlich auf eine Umgestaltung des Staatswesens in ultramontaner Richtung hinarbeitet.

Selbstverständlich ließ man die Universitäten nicht außer Acht. Man stützte hier ein so reichhaltiges Vorgehen, als man wohl nicht ohne Grund in den Antisemitischen...

Der V. Landmann behandelte diese Eingabe in der Abgeordnetenkammer so geringfügig wie möglich. Die Fakultät sei nicht ganz schuldig, behauptete er, das Urteil des Senats sei nicht objektiv, es sei nicht richtig, daß die eigentliche Schuld auf Chronowitsch Seite liege...

Ueber die Persönlichkeit Chronowitschs wollen wir uns nicht äußern. Er selbst behauptet, er sei von der Fakultät zum Ordinarius für Geschichte nicht vorgeschlagen worden, weil er den Kollegen nicht liberal genug erscheine...

Oftensbar hat die Richtung Chronowitschs bei der Haltung des Würzburger Senats kaum mitgesprochen. Es war eine objektive Würdigung der Dinge, die den Senat der Fakultät zum Ordinarius für Geschichte nicht vorgeschlagen worden, weil er den Kollegen nicht liberal genug erschien...

Es war notwendig, daß die konfessionelle Schwüle, die seit Jahren über Bayern lagert, durch seinen gewillen Willen zerbrochen wurde. Vielleicht bringt ein solches Ergebnis eine dauernde Abmilderung...

Es mußte er fallen. Freilich darf ein Wechsel in der Person des Kultusministers nicht übersehen werden. Nicht auf die Person, sondern auf die Sache kommt es an. Wie würden, das auch fernerehin...

der Ultramontanismus in Bayern alle Kräfte aufbieten wird, die höheren und niederen Schulen unter sein Joch zu zwingen. Immerhin zeigt der Würzburger Konflikt, daß auch die Vertreter der Wissenschaft nicht weislos sind.

Das Wesen der Kartelle.

Nulla dies sine cartella, so könnte man sagen, wenn man die geschäftliche Entwicklung in Europa und Amerika verfolgt. Fast jeder Tag bringt die Nachricht von der Gründung irgend eines neuen Kartells. Am schmerzhaftesten wird auch diese Tätigkeit in den Vereinigten Staaten von Amerika betrieben. Der Charakter der amerikanischen Verbände weicht wesentlich von dem beispielsweise der deutschen ab; auch ist die Gründung eines Kartells in Amerika theilweise ein reines Finanzgeschäft. An dem Mittel aber die Verbände wird aber dadurch nicht geändert. England hat sich der Verbände lange Zeit hindurch erwehrt. Je mehr dort aber die Ideen des Zollfreies an Boden gewonnen, um so mehr dehnte sich auch amerikanischer Mutter auch das Kartellwesen aus. Im Ausland ist die Bildung von Kartellen mit Freiheitskämpfen bedroht, und doch entsteht da, theilweise unter Förderung von Seiten der Regierung, ein Kartell nach dem anderen. In Deutschland ist seit etwa zwei Jahren innerhalb der Industrie eine intensive Tätigkeit zum Ausbau des Kartellwesens zu bemerken. Ihren einstweiligen Höhepunkt erreichte diese Entwicklung bei uns durch die Gründung des sogenannten „Kartells der Kartelle“. Unter der Regide des Centralverbandes der Industriellen Deutschlands hat der Zusammenstoß unserer Kartelle begonnen. Wir könnten unsere Umschau fortsetzen, unseren Blick nach Oesterreich-Ungarn, Italien, ja bis nach den Ufern des Ebro schweifen lassen, aber wir wollen für heute lieber zu einer kurzen volkswirtschaftlichen Würdigung der Kartelle übergehen.

Alle festgestellten Kartelle nehmen im Wirtschaftslieben ihres Landes eine monopolistische Stellung ein. Als Inhaber ihres Monopols zwingen sie Produzenten, Konsumenten und Händler ihren Willen auf. Dieser Zwang äußert sich zunächst in der Bemessung der Preise. Jedes Kartell ist darauf aus, den höchsten Preis zu erzielen. Die Kartellmitglieder des Kartellwesens sind und lagern zwar viel von „Kleiner“ Preispolitik, aber in unbedachten Augenblicken hat schon mehr als ein Substitutionsmann das ganze Geheimnis preisgegeben. Auch sind uns Beispiele genug zur Hand, um die entsetzliche Preisvermehrung der Substitutions zu beleuchten. Das ärgste Bild in Preisvermehrung hat wohl das Kohlenkartell gegeben. Für das Jahr 1900 war von letzterem ein Preisverhö von 18 Mark pro Tonne festgesetzt worden. Da aber das Substitut fast, wie glänzend die Geschichte der Kohlenwerke zeigen, erfahren es eine ganz eigenartige Methode, sich nachträglich noch einen Antheil an dem Gewinn der Kohlenwerke zu sichern. Das Substitut zwang nämlich seine Abnehmer im Oktober 1899, die Lieferungsverträge für 1901 mit denen für 1900 zu verwechseln, wobei für 1900 ein Preis von 17 Mark festgesetzt, also die Preise von 1900 nachträglich um 1 Mark erhöht wurden. Nach die Kohlenverbände haben sich als Preis- und Vertragskünstler gezeigt. Es haben es verstanden, die Kohlenverbraucher schon zu Anfang 1900 zum Aufschluß der Lieferungsverträge für 1901 zu veranlassen. Bald darauf brach die Kritik über die deutsche Eisenindustrie herein. Die Kohlenverbraucher wandten und trümmten sich unter der Wucht der langfristigen Verträge. Die Preise für die Halb- und festgeschickelten waren rapid gestiegen, die abgeschlossenen Kohlenlieferungen aber waren zu den Preisen der Hochkonjunktur abzunehmen. Die Kleinfeinindustrie hat mit Ermüdung der Preise. Die Eisenindustrie wünschelte Streidung eines Theiles der Lieferungen. Die Puddel- und Walzwerke begannen zu protestieren. Daß ihnen aber alles nicht; die Kohlenverbände verlangten nichtswegs Erfüllung der Verträge. Gegen 1900 hatten sich die Kohlenverbände jede Veränderung der Verträge ab. Die Substitutions für die Kohlenwerke schritten auf einer Produktionsbeschränkung zur anderen, aber ihre Preispolitik blieb „festig“. Unter dieser Grausamkeit litt unser Wirtschaftslieben schwer. Ja, die Folgen sind noch jetzt nicht abgerunden; denn die unzeitigen eingetretenen Preisvermehrungen für Kohlen und Koks haben fast gar keine Bedeutung.

Andere Beispiele der „festigen“ Preispolitik der Kartelle brauchen hier nicht aufgeführt zu werden. Mit seinem „festigen“ Preis hat das Zuderhydridat die Konsumenten jährlich mit 20 Millionen Mark extra bestraft. Wie der Staat, d. h. die Steuerzahler insgesamt den Substitutions tributpflichtig sind, lehnen die Pulverlieferungen, lehnen die Lieferungen für die Eisenbahnverwaltungen; auch die Milchfabrikantenperspektiven zahlen wir „festig“ genug. Und wenn die Verbände den billigen Export forcieren, gar noch unter Gewährung von Zuschüssen, flüchten wir auch in ihre Trolche. Die Verbände begnügen sich aber mit der Preisregulierung nicht. Es haben auch ganz bestimmte Vorschriften für den Verkauf aufgestellt. Einzelne Substitutions haben durch ihre Lieferungsbedingungen eine wahre Gewalt über die Konsumenten, Verbraucher und Händler setzen können unter dieser Tyrannei, aber sie müssen sich fügen, sonst bekommen sie überhaupt keine

Waare mehr. Ja, sie wagen kaum mehr, ihre Klagen an die Öffentlichkeit zu bringen. Wie die Dufflers, das heißt Werke, die sich den Kartellen nicht angeschlossen wollen, durch Preisunterbietungen und andere Maßregeln gequält werden, ist bekannt genug. Nicht selten bedeutet das Substitut aber auch eine Auslösung der Kleinen, wobei nur die Großen weiter bestehen. Je ausgeprägter das Monopol eines Kartells wird, um so näher rückt die Gefahr einer wirtschaftlichen und technischen Stagnation in dem betreffenden Betriebszweige. Denn mit der Konturrenz wird auch das Streben nach Fortschritt und Bervollkommnung unterdrückt. Die Kartelle sind aber auch direkt ein „Staat im State“. Je fester ihre Macht wird, um so eher können sie eine unbedingte Gewalt über die Arbeiterkräfte ausüben. Eine Durchsetzung der staatlichen Sozialpolitik stößt damit in das Bereich der Möglichkeit. Ihr Einfluß auf die Regierung und auf die Bildung der öffentlichen Meinung wächst. Wie die Kartelle unsere Handelspolitik früher und jetzt nach rechts gedrückt haben, ohne Rücksicht auf die Interessen der Arbeiterschaft, ist bekannt. Sie bringen uns aber auch in Angelegenheiten mit den Ausland. Wir erinnern nur an die Drohung des russischen Finanzministers, Repressalien gegen unsere Substitutions zu wolle. In England aber werden die einschneidenden wirtschaftspolitischen Maßregeln, die dort gegen die gefährliche Konturrenz des Auslandes erlassen werden, auch mit den Hinweise auf die Substitutions begündet. In England ist der Zuzus aber Genußes selbst nachden wird dabei natürlich besprochen. Auch in Italien wurde gerade jetzt voll Besorgnis auf die deutschen Substitutions verwiesen. Aller Voraussicht nach wird die Substitutionsfrage in den kommenden Verhandlungen über die Erneuerung der Handelsverträge eine wichtige Rolle spielen.

An Gegenregungen gegen die Substitutions hat es bei uns nicht gefehlt. Gegen die Uebergriffe des Kohlenkartells haben sich Kohlenkaufgenossenschaften der kleineren Verbraucher gebildet. Die großen Konsumenten, die Hüttenwerke, haben sich theilweise in den Besitz eigener Zechen gesetzt; daselbst hat der Norddeutsche Lloyd gethan. Große Kohlenverbraucher haben eine Kohlenkaufgenossenschaft gegründet. Die Zeitungswelger haben sich gegen den Terrorismus des Papierkartells durch Errichtung eigener Papierfabriken gewehrt. Gchloßfabrikanten haben eigene Zunderfabriken gebaut.

Parallel mit diesen Selbsthilfebemühungen ging das Verlangen nach Eingreifen des Staates, des Reichs. In letzterer Hinsicht sind auch mancherlei Vorschläge gemacht worden. Es wurde der Entsch eines Reichskartellgesetzes verlangt. Auch wurde darüber debattirt, wie die schädlichen Wirkungen der Kartelle durch zollpolitische Maßregeln paralytisch werden könnten. Die Reichsregierung ist aber bisher über die Klammern von Material nicht hinausgekommen. Der Entsch an die preussischen Regierungspräsidenten betreffend eine Rindfrage wegen der Kartelle atmete eine ererbende Stäubt.

Nach unserer Ansicht ist es aber Zeit, daß wir in der ganzen Frage einen energischen Schritt vorwärts thun. Die Kartelle haben sich bereits zu lästiger Defensiv eingerichtet. Das System der Substitutions wird immer fester verankert. Schon fast nur an dem Wege zur Regierung so liebensvoll verhalten. Wenn sich die Regierung so liebensvoll oder Koalitionen von Arbeitern annimmt, darf sie an den Verbänden der Unternehmer nicht still vorübergehen. Auch bei den Kartellen gilt es, „Arbeitswillige“ gegen Verbänderterrorismus zu schützen.

• Eine Statistik der Zwangsversteigerungen in Preußen im Jahre 1901 enthält das Justiz. Min. W. Danach war die Zahl der Fälle, in denen im vorigen Jahre Zwangsversteigerungen von den preussischen Gerichten beendet sind, größer als im Jahre 1900. Im Uebrigen entnehmen wir der Statistik folgende Einzelheiten:

Es ist im Jahre 1901 bei 9875 Grundstücken die Ertheilung des Zuschlags erfolgt, während dies im Jahre 1900 bei 8621, im Jahre 1899 bei 8623, im Jahre 1898 bei 9824, im Jahre 1897 bei 9966, im Jahre 1896 bei 10 714 und im Jahre 1895 bei 11 535 Grundstücken der Fall war. Es hat also gegenüber dem Jahre 1900 eine Zunahme um 1254 Grundstücke oder 14,5 vom Hundert stattgefunden. In der Gesamtzahl sind 3560 Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke, während 1900 3230, im Jahre 1899 3217, im Jahre 1898 3375, im Jahre 1897 3675, im Jahre 1896 3951, im Jahre 1895 4298, im Jahre 1894 4906 und 5943 im Jahre 1888. Hiernach hat die Zahl der zur Substitution gelangten land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke eine Zunahme um 330 oder 14,5 vom Hundert erfahren, während für die städtischen Grundstücke eine Zunahme um 880 oder 16,2 vom Hundert festzustellen ist. Der gesammte Flächeninhalt der versteigerten Grundstücke betrug 51 387 Hektar gegen 56 587 im Jahre 1900. Es hat also eine Abnahme der versteigerten Fläche um 5000 Hektar stattgefunden. Bezüglich der bezogen der Grundsteuererhebung, ein Theil der diese Grundstücke mit besseren Boden zur Versteigerung gelangt sind. Der Gebäudefortsetzungswert, an dem vornehmlich die städtischen Grundstücke betheiligt sind, ist, wie voraussetzen, sehr stark gestiegen. Der Betrag, 200 830 Mark gegen 2 865 926 Mark im Jahre 1900, 8 654 908 Mark im Jahre 1899, 9 387 043 Mark im Jahre 1898, 11 157 414 Mark im Jahre 1897 und 12 655 294 Mark im Jahre 1896. Trotz der Steigerung ist also die Höhe der Jahre 1896 und 1897 bei Weitem nicht erreicht. An der Zunahme sind also die Land- und forstwirtschaftlichen Grundstücke bei Weitem nicht so